

Wirtschaftsverbände befürworten verstärkten Einsatz des Covid-Zertifikats

Damit soll die Impfbereitschaft der Bevölkerung gesteigert sowie eine weitere Coronawelle mit erneuten Schliessungen verhindert werden.

Elias Quaderer

Während die Impfquote stagniert, steigen in der Schweiz die Corona-Fallzahlen wieder exponentiell an. Diese beunruhigenden Nachrichten ruft die Politik auf den Plan: Der Präsident der Impfkommission des Nationalrats, der Präsident der Gesundheitskommission und weitere Bundespolitiker fordern nun Privilegien für Geimpfte. Konkret lauten die Forderungen, dass der Einsatz des Covid-Zertifikats ausgeweitet wird. GLP-Präsident Jürg Grossen verlangt beispielsweise, dass die Zertifikatspflicht auf kleine Veranstaltungen wie Theater oder Kinos ausgeweitet wird, um die Impfquote zu steigern.

Appell an gesellschaftliche Verantwortung

Einen verstärkten Einsatz des Covid-Zertifikats würden auch Liechtensteins grösste Wirtschaftsverbände begrüssen. So erklärt Brigitte Haas, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, dass aus Sicht ihres Verbandes die Schutzimpfung der Weg ist, um möglichst rasch zur Normalität zurückzukehren. Darum steht für den Verband



LHK-Geschäftsführerin Brigitte Haas: «Wir können uns vorstellen, dass der Einsatz des Zertifikats ausgedehnt wird, um die Bevölkerung besser zu schützen.»

Bild: Elma Korac

fest: «Wir können uns vorstellen, dass der Einsatz des Zertifikats ausgeweitet wird, um die Bevölkerung besser zu schützen.» Haas weist dabei auch auf

Menschen hin, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können. Damit diese ein normales Leben führen können, sei es wichtig, dass

der Rest der Gesellschaft «seine Verantwortung wahrnimmt», sagt Haas. Zudem sei es im Sinn der Volkswirtschaft, dass sich möglichst viele impfen lassen.

Nur dadurch liesse sich eine weitere Coronawelle und damit allfällig erneute Schliessungsmassnahmen verhindern.

Über Zertifikat sollen Betriebe selbst entscheiden

Im gleichen Sinn argumentiert Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Liechtenstein. Entscheidend für die Unternehmen sei vor allem die Planungssicherheit und dass es nicht erneut zu einem Lockdown komme. «Erleichterungen in gewissen Bereichen für Geimpfte oder Genesene sind nach meiner Ansicht die einzige Lösung, erneute Schliessungen respektive Einschränkungen zu verhindern», ist Jürgen Nigg überzeugt. Folglich sollten Erleichterungen erfahren, indem zum Beispiel das Zertifikat bei grösseren Veranstaltungen in Kombination mit Sicherheitskonzepten zum Einsatz kommt. Ein solches Vorgehen «könnte uns einen erneuten Lockdown ersparen», meint Nigg.

Dennoch hält es der Wirtschaftskammer-Geschäftsführer für unangebracht, Druck auf Ungeimpfte auszuüben: «Die Impfstoffe sind nun ausreichend vorhanden und es steht

somit allen frei, diese auch zu nutzen.» Gleichfalls sollen auch Betriebe für sich selbst entscheiden können, ob das Zertifikat in ihrem Geschäftsalltag zum Einsatz kommt.

Gastronomie vertraut auf Strategie der Regierung

Angesichts der steigenden Fallzahlen und des Vormarsches der Delta-Variante steht auch der Liechtensteinische Bankenverband «einer Ausweitung des Covid-Zertifikats bzw. der 3G grundsätzlich offen gegenüber», wie Claudia Guntli vom Bankenverband mitteilt. Zwar biete die Impfung keinen hundertprozentigen Schutz vor einer Ansteckung, sie helfe aber die Pandemie einzudämmen und die Herdenimmunität herbeizuführen. «Und dies ist unser aller Ziel», hält Guntli fest.

Zurückhaltend äussert sich der Liechtensteiner Hotel- und Gastronomieverband. Präsident Walter Hagen erläutert, dass der Verband auf die Strategie der Regierung vertraue, da sie über die Hintergrundzahlen zur Coronelage verfüge. Es sei sicher nicht verkehrt, Impfanreize zu schaffen. Dennoch gelte weiterhin, dass die Impfung grundsätzlich freiwillig sei.

Nachgefragt

«Wir haben als Bürger nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten»

Viele können oder wollen sich nicht gegen Covid-19 impfen lassen. Die meisten Mediziner und Politiker sehen in den Impfstoffen jedoch den Schlüssel zur Bekämpfung der Pandemie. Auch in der benachbarten Schweiz werden immer mehr Stimmen laut, welche eine Impfpflicht und eine Ausweitung der Nachweispflicht in Bereichen mit hohen Infektionsrisiken fordern. Die Meinungen von Liechtensteiner Jungpolitikern gehen dabei weit auseinander. Drei Mitglieder der Jungparteien geben Auskunft über ihre Sicht der Dinge.

Können Sie sich Privilegien für Geimpfte in Liechtenstein vorstellen?

Simon Welte: Nein. Geimpfte dürfen gegenüber Ungeimpften Personen nicht privilegiert werden. Das ist in keiner Demokratie und in keinem Rechtsstaat tragbar und führt zu einer Diskriminierung von ungeimpften Personen und Spaltung der Gesellschaft. Wir dürfen die Zweiklassengesellschaft nicht weiter vorantreiben.

Ilea Batliner: Privileg ist vielleicht nicht das richtige Wort. Es wird auch nicht von einem Privileg gesprochen, wenn nur Erwachsene Klubs besuchen oder einen Führerschein machen dürfen. Da geht es genau wie bei der Impfung darum, sich

selbst, aber auch andere zu schützen. Wenn man unbedingt von einem Privileg sprechen muss, wenn für Restaurantbesuche eine Impfung vorausgesetzt wird, muss man auch das verfügbare Einkommen, welches auch ohne Pandemie notwendig ist, als Privileg anerkennen und dementsprechend kritisieren. Natürlich können nicht alle öffentlichen Bereiche die gleichen Richtlinien haben und müssen im einzelnen untersucht werden.

Anton Beck: Langfristig wird es darauf hinauslaufen, dass, wer sich nicht impfen lässt, sich mit dem Virus infiziert und so eine Covid-Erkrankung durchlebt. Ich persönlich halte die Risiken einer Covid-Impfung für viel geringer als jene einer Covid-Infektion, weshalb ich auch ein überzeugter Fan der Impfung bin. Wer seine Immunität nachweisen kann, ob durch eine Impfung oder durchgestandene Infektion, sollte am gesellschaftlichen Leben wieder ohne Einschränkungen teilnehmen dürfen.

Was können Sie der Idee der Nachweispflicht abgewinnen und wie sollte diese aussehen?

Simon Welte: Eine Nachweispflicht ist ein drastischer Einschnitt in die Privatsphäre und das Freiheitsrecht von jedem Bürger. Sobald eine 3G-Regel in

Kraft tritt, ist von keiner echten Freiheit mehr die Rede. Die Absicht hinter einer 3G-Regel ist offensichtlich. Man will mit allen Mitteln die Menschen dazu bringen, sich impfen zu lassen. Eine 3G-Regel bedeutet ja nicht nur eine Hürde für jeden Bürger im täglichen Leben, sondern enorme Auflagen für zahlreiche Wirtschaftsbranchen (z. B. Gastronomie, Hotellerie etc.).

Ilea Batliner: Mit der Delta-Variante hat sich das wieder verkompliziert. Wie bei allen Fragen zur Pandemie sollte auf die Wissenschaft gehört werden. Keiner der 3G-Nachweise schliesst aus, dass man das Virus in sich trägt, man kann nur von Wahrscheinlichkeiten ausgehen. Die sind nicht unabhängig und bleiben nicht konstant. Wenn eine Nachweispflicht als Massnahme zur Eindämmung beziehungsweise Beendigung der Pandemie als statistisch signifi-

kant gilt, sollte sie grossflächig eingesetzt werden. Wenn nicht, dann nicht.

Anton Beck: Das Erreichen einer Herdenimmunität ist nicht geringzuschätzen, denn nur so sind auch jene geschützt, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können, für die eine Infektion aber auch sehr gefährlich sein könnte. Insofern halte ich persönlich auch eine Nachweispflicht, also den Nachweis einer Impfung oder einer überstandenen Infektion, für sinnvoll, um jegliche Form von Covid-Massnahmen im Herbst zu vermeiden. Die Tests hingegen halte ich langfristig für wenig zielführend, da ihre Gültigkeit sehr kurz und teilweise auch ungenau ist.

Ist die Ausübung von Druck auf ungeimpfte Personen zu rechtfertigen?



Simon Welte
Präsident der Jugendunion (VU)



Ilea Batliner
Junge Liste (Freie Liste)



Anton Beck
Vorsitzender junge FBP

Simon Welte: Dieser Druck wäre mit einer 3G-Regel gegeben und ist in keiner Situation gerechtfertigt. Jeder Mensch soll selbst entscheiden, ob er sich impfen lassen möchte oder nicht. Die möglichen Konsequenzen oder gesundheitlichen Auswirkungen einer Impfung werden von keinem Politiker oder sonstwem abgenommen bzw. getragen und somit darf niemand manipuliert oder beeinflusst werden. Jeder soll aber auch die Möglichkeit haben, sich nach Bedürfnis testen zu lassen. Diese Möglichkeit soll jedem Bürger uneingeschränkt und kostenlos zur Verfügung stehen. Die Debatten rund um kostenpflichtige PCR-Tests sind ein weiterer Schritt in Richtung eines indirekten Impfwangs.

Ilea Batliner: Schlussendlich soll es ja nicht um Belohnung oder Bestrafung gehen. Sondern, dass wir schnellstmöglich aus

dieser Pandemie finden. Dabei soll niemand auf der Strecke bleiben. Nicht das Restaurant um die Ecke, dem die Kundschaft fehlt, nicht die geimpfte Person, die eine Dienstleistung beanspruchen will, und auch nicht Personen, die sich nicht impfen lassen können oder wollen. Anreize aber dürfen und sollten vielleicht sogar geschaffen werden. Damit einhergehen sollte aber auch immer eine attraktive und zugängliche Informationsbereitstellung über die Impfung. Im besten Fall wird dann die Impfung selbst nicht als Pflicht, sondern als Privileg wahrgenommen.

Anton Beck: Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass wir als Bürgerinnen und Bürger nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben, und ich sehe es als Teil der Pflicht, seinen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Gesundheit zu leisten. Trotzdem halte ich logische Argumente für zielführender als gesellschaftlichen Druck. Wichtig ist mir auch zu erwähnen, dass das Thema Impfung sehr weit in unser persönliches Leben hineinreicht und deshalb jegliche Zweifel ernst genommen werden müssen. Ebenfalls möchte ich hervorheben, dass diese Antworten meine ganz persönliche Meinung abbilden.

Noah Gross